

## Stefan Roth setzt sich in die Nesseln

**LUZERN** Ab 2018 ist die Doppelfunktion Stadtpräsident und Finanzdirektor nicht mehr möglich. Dies behauptet Stapi Stefan Roth – obwohl der Stadtrat dies noch gar nicht beschlossen hat.

YASMIN KUNZ  
yasmin.kunz@luzernerzeitung.ch

Am Montag, während des Wahlpodiums unserer Zeitung, Tele 1 und Radio Pilatus, liess der amtierende Stadtpräsident Stefan Roth (CVP) die Katze aus dem Sack. Er sagte: «Im aktuellen Stadtrat haben wir festgehalten, dass spätestens ab 2018 die Kombination Stadtpräsident und Finanzdirektor nicht mehr möglich sein wird.» Er wolle dem politischen Prozess damit nicht vorgreifen.

### Stämmer und Jost staunen

Das Auflösen dieser Doppelfunktion steht aufgrund der Verwaltungsreform der Stadt Luzern zur Diskussion. Dass es nun angeblich schon schwarz auf weiss ist, wurde erstmals am Podium bekannt. Roth hat mit seiner Aussage jedoch eine ganze Reihe von Politikern vor den Kopf gestossen. So sagt Claudio Soldati, Präsident der SP der Stadt Luzern: «Meine Nachfrage bei Ursula Stämmer hat ergeben, dass das, was Stefan Roth sagt, nicht der Wahrheit entspricht. Sein Verhalten ist äusserst bedenklich.» Der Stadtrat habe bis dato noch nicht entschieden, ob die Doppelfunktion Stadtpräsident/Finanzdirektor künftig abgeschafft werde.

Dies bestätigt Stadträtin Ursula Stämmer (SP) auf Anfrage unserer Zeitung: «Im Rahmen der Verwaltungsreform gibt es unterschiedliche Lösungsansätze. Es muss nicht zwingend eine Entkopplung dieser Ämter geben. Der Stadtrat hat noch nichts entschieden. Zudem muss auch das Parlament darüber befinden.» Für Soldati ist klar: «Der vermeintliche Befreiungsschlag im Wahlkampf von Stefan Roth stellt sich nun als Schuss in den Ofen heraus. Die politische Integrität des amtierenden Stadtpräsidenten wird damit beschädigt.»

Stadträtin Manuela Jost (GLP) zeigt sich über die Aussagen ihres Stadtratskollegen Stefan Roth «sehr erstaunt und

überrascht». «Wir haben im Stadtrat nicht beschlossen, wie das Regierungsmodell dereinst aussehen wird.» Dass Roth die Trennung von Stadtpräsidium und Finanzdirektion als beschlossene Sache darlegt, findet Jost «nicht in Ordnung». Sicher sei, dass er mit dieser Aussage die Präsenz auf seiner Seite habe.

### Stefan Roth «spürte den Konsens»

Warum also hat Stefan Roth die Trennung der beiden Funktionen so kommuniziert, als sei sie fix? «Ich habe im Stadtrat einen Konsens gespürt, dass diese Kombination unerwünscht ist. Ich habe meine persönliche Einstellung dazu geäussert.» Stadträtin Manuela Jost bestätigt, dass viele Politiker eine Trennung der beiden Ämter befürworten. Stefan Roth erklärt weiter, dass er seit Beginn des Reorganisationsprojekts diese Haltung eingenommen habe. Zudem



Stadtpräsident Stefan Roth (links) am Montagabend, befragt von Tele-1-Moderator Michael Rauchenstein. Im Hintergrund Beat Züsli, Gegenkandidat von Roth um das Stadtpräsidium.

Bild Dominik Wunderli



«Wir haben im Stadtrat nicht entschieden, wie das Regierungsmodell aussehen wird.»

MANUELA JOST,  
STADTRÄTIN GLP

sagt Roth, dass die Doppelrolle Stadtpräsident und Finanzdirektor seit vier Jahren ein politisch belastetes Thema sei. «Daher ist es für mich klar, dass ich nicht mehr gleichzeitig Stadtpräsident und Finanzdirektor sein möchte. Ich bin nur noch bis zum Zeitpunkt der Reorganisation bereit, diese Doppelfunktion auszuüben.»

### Vier Kandidaten – zwei Sitze

Die Ausgangslage für den zweiten Wahlgang vom 5. Juni ist spannend: Vier Kandidaten – Manuela Jost (GLP, bisher), Stefan Roth (CVP, bisher), Peter With (SVP, neu) und Rudolf Schweizer (parteilos, neu) – kämpfen um die zwei verbleibenden Sitze. Im ersten Wahlgang vom 1. Mai wurden die Bisherigen Martin Merki (FDP) und Adrian Borgula (Grüne) sowie der neu antretende Beat Züsli (SP) gewählt.

### KOMMENTAR

## Vertrauen verspielt

Stefan Roth (CVP) verkündet öffentlich, die Doppelfunktion Stadtpräsident und Finanzdirektor gehöre ab 2018 der Vergangenheit an. Bei einer Wiederwahl als Stadtpräsident würde er das Amt des Finanzdirektors zu diesem Zeitpunkt abgeben. Roth sagt dies so, als wäre das neue Regierungsmodell beschlossene Sache.

Fakt ist aber: Der Stadtrat hat über das neue Führungsmodell noch gar nicht entschieden. Das halten zwei Stadtratskolleginnen unmissverständlich fest. Fakt ist auch: Die Doppelrolle Präsident und Finanzdirektor steht seit Jahren in der Kritik. Zu gross sei die Machtfülle, wird argumentiert.

Stefan Roth hat die Öffentlichkeit also hinter Licht geführt. Die heftigen Reaktionen sind deshalb verständlich. Die Vermutung liegt nahe, dass sich der Stadtpräsident mit seiner vorschnellen Äusserung Vorteile für den zweiten Wahlgang vom 5. Juni verschaffen will. Nach seiner Schlappe in der ersten Wahlrunde steht seine Bestätigung nämlich auf Messers Schneide.

Roths Ziel ist es, mehr Stimmen zu holen. Doch mit Falschaussagen wird er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht gewinnen. Er hat sich mit dem Vorgaukeln von falschen Tatsachen wohl ins eigene Fleisch geschnitten.

YASMIN KUNZ  
yasmin.kunz@luzernerzeitung.ch

## Opferfamilie verlangt Umdenken beim DNA-Gesetz

**FALL EMMEN** Nationalrat Albert Vitali fordert die Anpassung des DNA-Gesetzes. Mit diesem Begehren ist er im Bundeshaus nicht allein.

red/kuy. Mit einer Motion fordert der Luzerner Nationalrat Albert Vitali (FDP), dass der Bund das DNA-Profil-Gesetz anpasst. Die Strafverfolgungsbehörden sollten nicht nur die nichtcodierenden DNA-Abschnitte entschlüsseln können, sondern auch die codierenden. Das heisst, sie könnten nicht nur wie bisher Angaben zum Geschlecht des Täters eruieren, sondern auch Informationen etwa zu dessen Haarfarbe, Augenfarbe, Hautfarbe oder Statur (wir berichteten). Die Motion hat Vitali am 16. Dezember 2015 eingereicht.

### Vorstoss wegen «Fall Emmen»

Anlass für die Motion gab Vitali der Vergewaltigungsfall in Emmen vom 21. Juli 2015. Zudem ist Vitali im Stiftungsrat der Stiftung für Schwerbehinderte in Luzern vertreten. Bei dieser Stiftung hat das Opfer vor dem Vorfall



Die junge Frau, das Vergewaltigungsoffer (im Bett), erhält Besuch von ihrer Schwester.

Screenshot SRF

gearbeitet. Nicht nur Nationalrat Albert Vitali fordert die Anpassung des Gesetzes, auch die Opferfamilie verlangt eine Adaption. Die Mutter der 26-jährigen forderte am Mittwochabend in der SRF-Sendung «Rundschau» ein rasches Umdenken: «Es löst grosses

Unverständnis aus, wenn man als Betroffene weiss, dass man die DNA des Täters hat, diese aber nicht verwenden darf, um den Täter zu finden.» Nicht auszudenken sei, wenn der Täter sich an einem weiteren Opfer vergehen würde.

Unterstützung erhalten Vitali und die Familie des Opfers vom Zürcher Strafrechtprofessor und SP-Ständerat Daniel Jositsch. Vitali: «Ich schätze die politische Unterstützung von Daniel Jositsch sehr.» Jositsch sieht dringenden Handlungsbedarf in der schweizerischen Gesetzgebung: «Die Strafverfolgungsbehörden sollen alle technischen Möglichkeiten zur Verfügung haben, die denkbar sind», sagt er im «Rundschau»-Beitrag. Jositsch widerspricht Datenschützern, welche in einer vertieften DNA-Analyse bei schweren Straftaten eine Schwächung des Datenschutzes sehen: Damit öffne man nur einen kleinen Spalt, und zwar genau den, der notwendig ist, um solche Täter zu finden.

### Vitali: «Gute Chancen für Motion»

Vitali sagt auf Anfrage unserer Zeitung, dass die Motion in der März-Session dieses Jahres ohne Opposition überwiesen wurde. Der Ständerat wird vermutlich in der Juni- oder der September-Session über die Motion befinden. Wie beurteilt Vitali die Chancen seiner Motion? «Gespräche über die Parteigrenzen hinaus stimmen mich positiv.»

Der Vergewaltigungsfall von Emmen zeigt ein Dilemma der geltenden Gesetzgebung auf. Während eine DNA-

Massenuntersuchung bei 371 unbescholtenen Männern zulässig ist, verbietet das Gesetz die vertiefte Analyse der sichergestellten DNA des Täters. Gleichzeitig werten die Fahnder Tausende von Mobiltelefonaten unbeteiligter Passanten aus.

Um die Vergewaltigung der jungen Frau in Emmen von Juli 2015 aufzuklären, wurden 371 Männer zur Abgabe ihrer DNA-Probe aufgefordert. Nach wie vor sind einzelne Speichelabstriche ausstehend (wir berichteten).

### ANZEIGE

